

## Sehr geehrte Frau Frauenministerin Schröder,

weil Sie uns auf Ihrer Website so nett auffordern, alles direkt und unverblümt zu kommentieren, wollen wir Ihnen diese Freude machen. Gern hätten wir etwas zu Ihren Zielen gesagt, aber leider überarbeiten Sie diese Rubrik gerade. Was wir verstehen. Denn alles, was Sie als Ministerin verlangen, muss natürlich behutsam mit unserer freien Wirtschaft abgestimmt werden, und der wollen Sie nichts vorschreiben, wie Sie gegenüber »Welt online« erklären. Deshalb sind Sie auch gegen eine gesetzliche Frauenquote. Pardautz! Ihre Meinung deckt sich zufällig mit der des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, der FDP, der gesamten Wirtschaftsriege und Ihrer Bundeskanzlerin.



Lieber geben Sie Unternehmen noch einmal zwei Jahre Zeit, den Frauenanteil freiwillig zu erhöhen. Wenn das nicht klappt, dann verdonnern Sie die Unternehmen dazu, sich selbst eine Quote zu wählen. Vielleicht ist das auch eine Idee für Schäuble? Wer nicht freiwillig Steuern zahlt, der wird sich demnächst seinen Steuersatz selbst aussuchen müssen!

Man kann Ihnen alles Mögliche vorwerfen, dass Sie bei Ihrer Heirat Ihren Namen am Standesamt abgeworfen haben oder, wie Alice Schwarzer schreibt, billige Klischees über die Frauenbewegung verbreiten, der Sie Ihre Karriere zu verdanken haben. Aber den Bruch mit Traditionen darf man Ihnen nicht vorwerfen. Sie knüpfen nahtlos an die Ziele des »Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation« aus dem Kaiserreich an. Damals wollten Direktoren keine Direktorinnen, Richter keine Richterinnen, Schulleiter keine Schulleiterinnen ...



Unsinn, sagen Sie? Wir sind schon viel weiter? Wie Recht Sie haben. Am 8. März ist der Internationale Frauentag 100 Jahre alt. Und die zentrale Forderung nach einem Wahlrecht für Frauen ist schließlich erfüllt. Frauen dürfen wählen und studieren, Vereine gründen, arbeiten, ohne ihre


Ehemänner fragen zu müssen, und sogar Frauenfußball ist offiziell erlaubt. Schließen wir also das Geschichtsbuch? Halt, Frau Ministerin.

Berufstätige Frauen klagen, dass sie bei gleicher Leistung weniger verdienen als Männer und trotz Qualifikation kaum Aufstiegsmöglichkeiten haben. Sorry, unser Fehler. Das stammt schon wieder aus dem Kaiserreich. Aber ist das heute anders? Jetzt kommt auch noch das Gutachten zum ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung daher. Wir wissen, dass Ihnen das nicht in Ihren schwarz-gelben Kram passt. Deshalb wollten Sie das Gutachten erst gar nicht anfassend und haben es von Ihrem Staatssekretär abholen lassen. Wahrscheinlich ist es noch nicht mit der freien Wirtschaft abgestimmt.

Die Gutachter schreiben, dass Minijobs für viele Frauen eine Falle seien, deshalb sollte endlich Schluss sein mit der Förderung. Zwischen einem Männerlohn und einem Frauenlohn klappt noch immer eine Lücke von etwa 23 Prozent. Und zwei Drittel der Niedriglöhner sind Frauen. Deshalb schlagen die Gutachter einen gesetzlichen Mindestlohn vor. Und der Anteil von Frauen in Führungspositionen soll erhöht werden.

Jetzt gucken Sie nicht so genervt. Unsere freie Wirtschaft wird auch eine gesetzliche Frauenquote verkräften. Es gibt so viele Gesetze für Unternehmen. Die müssen manchmal sein, weil das mit der Selbstverpflichtung nicht klappt. Schauen Sie sich Appenzell in der Schweiz an.

Da hatten Länder wie Armenien, Lettland, Indien, Libanon, Syrien und Zypern das Frauenwahlrecht längst eingeführt. Nur der Kanton Appenzell Innerrhoden weigerte sich. Obwohl das in allen anderen Kantonen schon seit 1971 üblich war. Also wurde Appenzell 1990 vom Bundesgericht zum Frauenwahlrecht verdonnert. Verstehen Sie? Der Schweiz war das peinlich. Und Ihnen?

Freundliche Grüße  
  
 Michaela Böhm

Freundliche Grüße

*Michaela Böhm*

Michaela Böhm

Foto: Die Sozialistin Clara Zetkin (links, mit Rosa Luxemburg) initiierte den Internationalen Frauentag.

